

*„Wer das Gute tun kann
und es nicht tut,
der sündigt“*

(Jakobus 4,17)

Landespastorin Annegrethe Stoltenberg

Mündlicher Jahresbericht 2007

auf der Mitgliederversammlung
des Landesverbandes der Inneren Mission

01. November 2007

Gliederung

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Der Monatsspruch:
„Wer das Gute tun kann und es nicht tut, der sündigt“ | Seite 3 |
| 2. Ein Jahresbericht vor der Bürgerschaftswahl | Seite 3 |
| 3. Qualität und Transparenz: Pflege ist mehr wert | Seite 4 |
| 4. Die zunehmende Armut ist kein Schicksal und: Arbeit gibt es genug | Seite 7 |
| 5. Integration - ein altes Thema gewinnt neue Aktualität | Seite 7 |
| 6. Wohnen- mehr als ein Dach über dem Kopf | Seite 8 |
| 7. Freiwillige vor! Aber nicht allein! | Seite 9 |
| 8. Die Kleinen ganz groß | Seite 10 |
| 9. Diakonie über die Stadt hinaus | Seite 11 |

Sehr geehrte Mitgliederversammlung,
liebe Schwestern und Brüder!

1. Der Monatsspruch

„Wer das Gute tun kann und es nicht tut, der sündigt“.

Dieser Spruch für den heute beginnenden November gehört zu den Worten der Bibel, die uns zwischen vollkommener, glasklarer Eindeutigkeit und kaum lösbarer Komplexität herausfordern.

Einerseits gibt es kein Vertun: Wenn ich das Gute tun kann, muss ich es tun. Das zieht tatsächlich in vielen Fällen eine klare Trennlinie.

Nicht alle Situationen sind zwei- oder mehrdeutig.

Aber dann geht es schon los: Wer das Gute tun kann – welche Hinderungsgründe werden akzeptiert?

Vor allem aber: Was ist das Gute? Die Frage stellt sich schon bei alltäglichen Situationen: Dem bettelnden Mann Geld geben – oder ihn auf unsere konkreten Hilfsangebote hinweisen? Bis hin zu den Problemen, die selbst im nationalen Ethikrat nicht eindeutig oder einstimmig gelöst werden: Wann wird das Gute, das die Medizin an lebensverlängernder Behandlung ermöglicht, zum Übel? Ja: Zur Sünde?

Unsere Arbeit in der Diakonie ist durchzogen von solchen ethischen Fragen. Da wir das Gute wollen für die, die Hilfe brauchen, fragen wir ständig, was denn das Gute ist. Auch da gibt es Grundregeln. Selbstbestimmung ist ein Wert, der die Würde jedes Menschen als Geschöpf Gottes achtet.

Daraus resultiert unser Grundsatzprogramm: Hilfe zur Selbsthilfe. Aber Grundsätze müssen konkretisiert werden, und dann geht es wieder los mit den Entscheidungen. Eine absolute Richtigkeit, eine objektive und zeitlich unabhängige Wahrheit können, dürfen und wollen wir nicht in Anspruch nehmen. Aber jede unserer Positionen muss so einer nachdenklichen und gemeinschaftlichen Prüfung standhalten.

2. Ein Jahresbericht vor der Bürgerschaftswahl

Der Spruch dieses Monats aus Jakobus 4,17 steht für mich in einer fruchtbaren Korrespondenz zu unserem Jahresbericht. Schon mit dem Titel: „Mitten in der Stadt“ haben wir die Situation des „Vorwahlkampfes“ in Hamburg, vor der Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008, aufgegriffen. Zusätzlich haben wir die Berichte aus den verschiedenen Arbeitsfeldern jeweils in ein Fazit münden lassen. Am Schluss steht also immer, was aus unserer Sicht dem jeweiligen Bereich gut täte. Und „Bereich“ heißt: Was den Hilfebedürftigen, aber auch den Helferinnen und Helfern, den Klienten und den Mitarbeitenden gut täte.

Ich möchte die Arbeitsfelder mit Ihnen wieder anhand des schriftlichen Jahresberichtes durchgehen.

Das ist verbunden mit meinem Dank an alle, die diesen Bericht – inhaltlich wie äußerlich – haben entstehen lassen. Sie finden die Autoren ja jeweils unter dem Artikel und können sie auf der vorletzten Seite - neben dem Hinweis auf die Redaktion – im Organigramm wieder finden. Ein Blick darauf zeigt Ihnen auch unsere Organisationsveränderung: die neue Aufteilung der landesverbandlichen Aufgaben in zwei neue Vorstandsbereiche, ganz technisch Landesverband I und Landesverband II genannt. Nach einer zweijährigen Probephase trennen wir nun auch offiziell nicht mehr zwischen fachlich-inhaltlichen und betriebswirtschaftlichen Aufgaben. Um es persönlicher zu sagen: Zwischen den Vorständen Gabi Brasch und Stefan Rehm haben wir inhaltliche Schwerpunkte gesetzt und mit den Zentren des DW auf Bundesebene vergleichbare Cluster gebildet. (Im Wesentlichen: schwerpunktmäßig Kinder- und Jugendhilfe, Migration und Existenzsicherung bei Frau Brasch, Pflege und Soziale Hilfen, sowie Inneres und Verwaltung bei Herrn Rehm.) Alle Themen und Details finden Sie wie gesagt im Organigramm.

Wir befinden uns insgesamt in einem Qualitätsentwicklungsprozess und durchforsten und überprüfen also unsere internen Abläufe. In dem Zusammenhang haben wir auch mit allen Mitarbeitenden in spannenden Gesprächen und dennoch zügig ein Leitbild erarbeitet – es liegt aus.

3. Qualität und Transparenz: Pflege ist mehr wert

Ein Schwerpunkt unserer aktuellen Arbeit im Landesverband liegt seit einigen Monaten und auch in Zukunft im Bereich von Alter und Pflege – so auch in diesem Bericht von S. 2 – 11.

Zum einen arbeitet in diesem Bereich auch der größte Teil von Ihnen, unseren Mitgliedern. Aber aus Ihnen allen bekannten Gründen der demographischen Entwicklung entstehen hier auch laufend neue Aufgaben. So begrüßen wir einige Ansätze (vgl. S. 2 – 5) der Pflegeversicherungsreform,

- weil wir den Gedanken der regionalen Pflegestützpunkte erstens für dringend erforderlich halten – jeder pflegende Angehörige erlebt, wie notwendig und entlastend so eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen ist und weil wir uns zweitens mit den vielen diakonischen Einrichtungen vor Ort für solche Stützpunkte wunderbar anbieten;

- weil die Aufgabe der spezifischen Dementenbegleitung immer größer wird, und zumindest eine bessere finanzielle Ausstattung im ambulanten Bereich geplant ist.

Als besonders problematisch sehen wir an, dass:

1. die finanzielle Absicherung der Pflegeversicherung nur sehr halbherzig erfolgt,
2. die Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs überfällig ist und dass die Hilfe und Anleitung insbesondere bei dementen Menschen berücksichtigt werden müsste.
Eine Trennung dieses Themas von der Pflegereform ist falsch.

Und schließlich

3. dass der Abbau von Bürokratie nicht konsequent angegangen wird.

Einen Schwerpunkt unserer Arbeit setzen wir derzeit in der Vernetzung und Förderung des Palliative Care-Bereiches. Dies wird deutlich durch:

- die Gründung der Palliative Care-Akademie,
- die Zusammenarbeit mit der Ärztekammer zum Bekanntmachen von Palliative Care
- und in unserer Hospizarbeit, aktuell mit der Aktion „Zuhause sterben“ – unsere Alternative zum „Todesspritzenapparat“.

Lassen Sie mich noch kurz auf den sog. „Pflegeskandal“ eingehen, der vor wenigen Wochen als Ergebnis des Qualitätsberichtes des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen (MDS) durch die Medien ging. Auch dazu haben wir als Diakonie in Hamburg wie bundesweit mehrfach Stellung genommen. Selbstverständlich muss jedem Pflegemissstand nachgegangen werden. Prüfungen müssen stattfinden und Transparenz gewährleisten – vor allem aber, um Qualität zu sichern! Qualität lässt sich nicht „hineinkontrollieren“, insofern ist der Ruf nach mehr Kontrolle noch keine Lösung. Es muss hier in die Pflege, in das „Beziehungsgeschehen Pflege“ investiert werden!

Damit sind wir bei den Mitarbeitenden, ihren Arbeitsbedingungen (S. 6 - 9) und ihrer Ausbildung (S. 10 + 11).

Ich habe in meinen Berichten in den letzten Jahren immer wieder auf verschiedene Folgen der Ökonomisierung des Sozial- und Gesundheitsbereiches hingewiesen, auf die Verlagerung von gemeinnützigen Trägern zu privatwirtschaftlichen Unternehmen. Dabei wird der Preis wichtiger als der Wert der Arbeit.

Ein aktuelles Beispiel aus einem anderen Bereich: Die Schuldnerberatung. Aufgrund der bisher sehr erfolgreichen und effizienten Arbeit der Schuldnerberatung erhielt die Diakonie einen nicht unerheblichen Teil der Schuldnerberatung in Hamburg durch die Sozialbehörde übertragen. Jetzt klagt ein nicht tarifgebundener Anbieter (ADN) gegen diese Übertragung vor dem OLG. Sollte das OLG der Klage stattgeben, müssten wir uns als Tarifanwender einem Ausschreibungsverfahren stellen, gegen Mitbewerber, die keiner Tarifbindung unterliegen. Trotz der anerkannt guten Arbeit könnte hier aufgrund unserer Tarifbindung eine Entscheidung gegen uns fallen. Wir haben die Befürchtung, dass diese Entscheidung von erheblicher Tragweite auch für andere Leistungsbereiche sein könnte.

Tarifanwender haben bei bestehenden Preisen einen erheblichen Konkurrenznachteil. Die Preise, insbesondere in der ambulanten Pflege, bilden die Personalkosten nach Tarif nur unzureichend ab. Die Diakonie ist der einzige Wohlfahrtsverband, der bei Pflegekräften noch tariflich bezahlt.

Das hat zu einer ungewöhnlichen Kooperation geführt. In einem Gespräch mit dem Verdi-Vorstand Hamburg haben wir herausgearbeitet, dass wir uns in dieser Auseinandersetzung um die Löhne in der Pflege ja weniger als Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber sitzen als vielmehr nebeneinander gegenüber den Kostenträgern, vor allem den Kassen, stehen.

Morgen laden wir daher mit Verdi, dem VKM, dem DPWV, dem Sozialverband, dem Verein 60+ und dem ASB zu der Veranstaltung „Pflege ist mehr wert“ ein.

Wir wollen hiermit auch etwas für die gesellschaftliche Anerkennung der Pflege tun.

Zu dem Blick auf die Mitarbeitenden gilt auch die Sorge um den Nachwuchs (S. 10 + 11). Der Beruf der Altenpflegerin und des Altenpflegers muss attraktiver und die Ausbildung zukunftsfähig sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,
um noch einmal auf meine Einleitung zurück zu kommen: So ganz konkret und aus unseren Erfahrungen der täglichen Arbeit heraus finden wir als Diakonie schon, dass wir wissen, was gut täte. Und welches Gute zu tun daher die Gesellschaft ermöglichen sollte.

4. Die zunehmende Armut ist kein Schicksal und: Arbeit gibt es genug.

So geht es uns auch ganz besonders bei dem Thema Armut – und was man dagegen tun kann (vgl. S. 12ff).

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich in Hamburg ist offensichtlich.

Aber nicht nur für Hamburg, bundesweit hat die sorgfältige Prüfung der Regelsätze gezeigt, dass diese weit hinter der Zeit und den Preisentwicklungen hinterherhinken.

Eine 20% tige Anhebung des ALG II ist – übrigens aus der Sicht aller

Wohlfahrtsverbände – unumgänglich.

Natürlich kann ein immer wieder neues Schrauben an den Passivleistungen nicht die alleinige Lösung des Problems sein.

Für konstruktiv und nachhaltig halten wir daher unser „PAT-Modell“, den Passiv-Aktiv-Transfer. Es wurde entwickelt in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen auf der Bundesebene und wir haben es für Hamburg in ein Konzept „Soziale Arbeitsmarktpolitik in der wachsenden Stadt“ weiterentwickelt.

Mit anderen Worten: Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Für solche öffentlich geförderten Arbeitsplätze haben wir viele gute Ideen und Vorschläge – alle vor Ort entstanden und im Interesse der Menschen, Leben in ihren Stadtteil zu bringen (S. 14-17).

5. Integration - ein altes Thema gewinnt neue Aktualität

Es ist nur ein kleiner Schritt von solchen Projekten zu der Aufgabe der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (S. 18-23).

Das ist ohne Frage eine der politischen Aufgaben, bei der der Hamburger Senat erst im Laufe seiner Regierungszeit das Ausmaß der Herausforderung erkannt hat. Ein Konzept steht jetzt – aber die Finanzierung noch nicht!

So sind unsere Forderungen hier eindeutig.

Die Arbeit im Bereich von Migration und Integration ist - auch für uns in der Diakonie – kein neues Thema, aber sie hat auf Grund der offensichtlich oft nicht gelingenden Integration eine neue Dringlichkeit bekommen.

Wir sind hier gerade durch unsere EU-geförderten Projekte in den Entwicklungspartnerschaften „NOBI“ (Norddeutsches Netzwerk für die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten) und „Zug um Zug“ engagiert, aber in diesem Jahr auch durch unsere integrationspolitische Veranstaltungsreihe, die wir u.a. in Kooperation mit Mitgliedseinrichtungen durchgeführt haben. Dabei haben wir

den Blick gerade für Flüchtlinge und erwerbslose Migrantinnen und Migranten geweitet.

Für die Diakonie als der sozialen Arbeit der evangelischen Kirchen entsteht daraus noch eine besondere Herausforderung. Wir bringen uns aktiv in die bundesweite Diskussion über die Frage ein, wie sich unser „Angebot für alle“ mit der kirchlichen Bindung unserer Arbeit verträgt. Und was „diversity management“ im jeweiligen Arbeitsfeld bedeutet: gegenüber dem muslimischen Kranken, der russischen Schwangeren usw. Unsere Antwort: interkulturelle Kompetenz und christlicher Glaube passen nicht nur irgendwie zusammen, sondern gehören zusammen.

In diesem Zusammenhang führen wir in Hamburg ja gerade den Prozess zur Klärung des Verhältnisses zwischen dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem besonderen kirchlichen Arbeitsrecht. Zur Zeit liegt die Klage einer abgewiesenen Bewerberin gegen das Diakonische Werk Hamburg zur Entscheidung noch auf der Ebene des Hamburger Landgerichts.

Auch wenn die Rechtslage u. E. eindeutig ist, werden wir wegen der exemplarischen Bedeutung des Falles eng vom Bundesverband und der EKD begleitet.

6. Wohnen: mehr als ein Dach über dem Kopf

In gewisser Hinsicht bündeln sich alle Probleme in der Wohnungspolitik (vgl. ab S. 24f).

Ob arm, ob fremd, ob arbeitslos, ob kinderreich, ob allein erziehend, ob behindert – für sie alle ist es besonders schwer und zunehmend schwieriger, eine angemessene, d.h. vor allem bezahlbare Wohnung zu finden.

Wir haben frühzeitig auf diese Entwicklung in Hamburg hingewiesen, aber es sind keine Maßnahmen ergriffen worden, um den Wohnungsmarkt mit dem Bau von Sozialwohnungen auszuweiten oder um Mietern wie Vermietern in schwierigen Konfliktfällen Begleitung und Hilfen anzubieten. Das ist eine dringende Pflichtaufgabe, spätestens der nächsten Regierungszeit.

Und es ist eine öffentliche Aufgabe, weil private Wohnungsbesitzer legitime andere Interessen haben. Das wird besonders deutlich für Menschen mit Behinderungen: Die politisch gewollte Ambulantisierung braucht auch die politische Ermöglichung (S. 27).

7. Freiwillige vor! Aber nicht allein!

Ich komme zu einem Lieblingsthema vieler Politiker und Politikerinnen, gerade auch in Hamburg: Das freiwillige Engagement (S. 30+31).

Der Jubel über solches Engagement, über Zeit- und Geldspender, übertönt häufig, dass

1. Freiwilligkeit die Hauptamtlichkeit ergänzt, sie aber nicht ersetzen kann;
2. freiwilliges Engagement kein sozialpolitisches Sparprogramm sein darf; und
3. Menschen, die sich freiwillig sozial engagieren, häufig Fortbildung und Begleitung brauchen.

Das wird insbesondere bei den jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr und ihrer pädagogischen Begleitung akut – an der sich die Stadt Hamburg nicht finanziell beteiligt! Auch der Aufbau des neuen generationsübergreifenden Freiwilligendienstes „Ge-mit – Generationen miteinander im Freiwilligendienst“, wird bislang ausschließlich mit Bundes- und eigenen Mitteln unterstützt.

Das Ehrenamt, das freiwillige Engagement ist ja seit Langem ein besonderes Merkmal in der freien Wohlfahrt, bei gemeinnützigen Unternehmen und besonders bei den Kirchen.

Vor einigen Monaten dachte ich:

Wie lange das wohl ein Alleinstellungsmerkmal bleibt?

Wann wird die erste Seniorenresidenz Angehörige um einen Vorlese-nachmittag o.ä. bitten?

Liebe Schwestern und Brüder: Es ist schon so weit.

Privatwirtschaftliche Einrichtungen richten gemeinnützige Freundes- oder Förderkreise ein. Und wer nur an die Bewohnerinnen und Bewohner denkt und wie denen doch das Mehr an Zuwendung gut tut, engagiert sich auch bei einem privaten Altenheim oder Krankenhaus. Selbst wenn er oder sie nicht einmal im Traum darauf käme, etwa bei Siemens oder Shell oder bei Karstadt ehrenamtlich mitzuarbeiten.

Vor kurzem durfte ich das 25jährige Jubiläum der Evangelischen Krankenhaushilfe in Alten Eichen mitfeiern. Da waren „Grüne Damen“ aus ganz Hamburg dabei. Und ohne irgendeinen Bruch haben sie den Besitzerwechsel vom gemeinnützigen Landesbetrieb Krankenhäuser zur privaten Krankenkette Asklepios mit vollzogen. Ich war ganz erleichtert, dass ich im Gespräch mit der Vorsitzenden gleich Einigkeit über das Problematische an diesem Vorgang erzielen konnte. Denn viele ehrenamtliche Aktive werden ja nur die Menschen im Blick haben, denen sie im Krankenhaus ein bisschen Beistand geben wollen.

Als Landesverband müssen wir aber neben der seelsorgerlichen auch die sozialpolitische Dimension sehen.

M.E. ist diese Entwicklung nicht aufzuhalten. Sie muß aber ins Bewusstsein gebracht werden und löst neue Zukunftsfragen für die Diakonie als Teil der gemeinnützigen Wohlfahrt aus.

8. Die Kleinen ganz groß

Zum Glück – wenn auch aufgrund zunehmender Not – ist die Politik auf die Situation der Kinder aufmerksam geworden (S. 32-35).

Auch hier gilt, wie in der Pflege: jede Gewalt, jede Vernachlässigung, jede Not, und jeder Tod eines Kindes sind ein Skandal. Sie sollen nach Gottes Willen nicht sein, dafür setzen wir uns ein. Aber die Skandalisierung von Einzelfällen, wie sie in den Medien geschieht, sollte nur Anstoß geben für die sehr viel weniger spektakuläre, ganz alltägliche, mühsame wie beglückende Arbeit mit jedem einzelnen Kind.

Ich freue mich, dass wir in Hamburg über die Träger- und Verbandsgrenzen hinweg zu der großen gemeinsamen Aktion zusammen gefunden haben „Kita – weil wir's wissen wollen“. Denn unser aller Interesse ist es, die besonderen Bildungsmöglichkeiten der Kitas im Unterschied zu einem schulischen System herauszustellen, die vielfach wissenschaftlich nachgewiesen sind.

Und natürlich gilt auch hier unser diakonischer Grundsatz, dass wir alles tun müssen, um die Armut von Kindern und die „Vererbung“ von Armut zu verhindern. Dazu gehören eben die gleichen uneingeschränkten Zugangsvoraussetzungen wie im Schulsystem.

Eine Erfahrung aus der Kita-Arbeit ist inzwischen politisch aufgegriffen worden: über die Arbeit mit den Kindern kamen zunehmend die Eltern und die Familien in den Blick. Die Kitas wurden zu sozialen Anknüpfungspunkten, so dass die Ausweitung zu Eltern-Kind-Zentren und der weitere Ausbau zu Familienzentren besonders in benachteiligten Stadtteilen eine logische Folgerung und Forderung wurden.

Und noch eine Information in Diakonie-eigener Sache: Um innerhalb der Diakonie noch schlagkräftiger zu werden, ist aktuell der neue Verband evangelischer Kindertagesstätten in Hamburg (EVA-Kita-VHH) auf dem Weg.

9. Diakonie über die Stadt hinaus

Ich komme zum Schluss.

Liebe Mitglieder, selbstverständlich gibt es noch mehr Felder unserer Arbeit, die wir auch politisch begleiten und stärken. So habe ich angesichts der diesjährigen Thematik meines Jahresberichtes und der Einordnung in die Wahlsituation in Hamburg ganz darauf verzichtet, über die Arbeit des Hilfswerkes zu berichten, das im vergangenen Jahr mit seinen vielen unterschiedlichen Projekten für Menschen in Not in Hamburg da war.

Aber es gibt darüber hinaus ja auch noch unsere internationale Arbeit, „Brot für die Welt“ und die Diakonie-Katastrophenhilfe, die nur selten in konkrete Vorschläge oder Forderungen an die Hamburgische Landes- oder Regionalpolitik mündet.

Diesmal haben wir ein Beispiel davon im Jahresbericht (S. 28+29). Es geht um die nicht zu unterschätzende Macht der Konsumenten, eben auch der öffentlichen Haushalte, wenn sie sich für fair gehandelte Produkte entscheiden.

Auf jeden Fall bleibt es die Aufgabe unserer internationalen, ökumenischen Arbeit, unseren Blick über unsere Stadt hinaus zu weiten. Ich freue mich, dass unsere Unterstützung von sozialen Projekten in St. Petersburg, der Partnerstadt Hamburgs, gerade mit dem Besuch zum 50jährigen Jubiläum der Partnerschaft so deutlich geworden ist und die hohe Anerkennung der Delegation bekommen hat.

Insbesondere durch den von uns initiierten Dialog von Politik, Wirtschaft und Sozialprojekten konnten neue Verbindungen geknüpft werden. Er hat uns aber auch viel gelehrt über die so ganz anderen Bedingungen sozialen Engagements in Russland.

Ich selbst komme gerade von einer Delegationsreise mit „Brot für die Welt“ aus Uganda zurück. Davon zu erzählen würde eindeutig diesen Rahmen heute sprengen. Aber ganz sicher war die Reise wieder eine Lehre dafür, wie genau wir jeweils mit den Beteiligten oder den Betroffenen fragen müssen: Was ist das Gute, das ihr braucht?

Die Reise hat mich noch einmal in der Überzeugung bestärkt, dass die Arbeitsweise von „Brot für die Welt“ wirklich die richtige ist: Wir arbeiten mit Partnern vor Ort, also mit denen, die sich mit den Menschen, mit dem Land, mit der Sprache und der jeweiligen Kultur des Landes am besten auskennen und uns die Frage also beantworten können, was denn gut täte. Dann wollen wir es gerne tun. Und wir wollen es gut machen.

Wir können nur überzeugen, wenn wir uns der Qualität verpflichten. Unsere Einrichtungen müssen inhaltlich wie betriebswirtschaftlich kompetent geführt werden. Dann können wir uns auch überzeugend und nachdrücklich mit unseren Vorschlägen und Forderungen in den Wahlkampf einbringen. Das wollen wir nicht nur heute mit diesem Bericht tun: Sie werden zu den verschiedenen fachspezifischen öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionen gezielt eingeladen werden.

Und, um den Blick noch weiter voraus zu werfen: So, mit der Qualität unserer Arbeit, wollen wir uns auch im Wichernjahr präsentieren, das vor uns liegt mit Wicherns 200. Geburtstag. Das möchten wir insbesondere mit Ihnen zusammen am 13. und 14. Juni 2008 auf dem Rathausmarkt zeigen: Dass wir aus der Gründung Wicherns hier in Hamburg heraus zu einer großen und gleichzeitig vielgestaltigen Bewegung geworden sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*„Wer das Gute tun kann
und es nicht tut,
der sündigt“*

(Jakobus 4,17)

Landespastorin Annegrethe Stoltenberg

Mündlicher Jahresbericht 2007

auf der Mitgliederversammlung
des Landesverbandes der Inneren Mission

01. November 2007

Gliederung

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Der Monatsspruch:
„Wer das Gute tun kann und es nicht tut, der sündigt“ | Seite 3 |
| 2. Ein Jahresbericht vor der Bürgerschaftswahl | Seite 3 |
| 3. Qualität und Transparenz: Pflege ist mehr wert | Seite 4 |
| 4. Die zunehmende Armut ist kein Schicksal und: Arbeit gibt es genug | Seite 7 |
| 5. Integration - ein altes Thema gewinnt neue Aktualität | Seite 7 |
| 6. Wohnen- mehr als ein Dach über dem Kopf | Seite 8 |
| 7. Freiwillige vor! Aber nicht allein! | Seite 9 |
| 8. Die Kleinen ganz groß | Seite 10 |
| 9. Diakonie über die Stadt hinaus | Seite 11 |

Sehr geehrte Mitgliederversammlung,
liebe Schwestern und Brüder!

1. Der Monatsspruch

„Wer das Gute tun kann und es nicht tut, der sündigt“.

Dieser Spruch für den heute beginnenden November gehört zu den Worten der Bibel, die uns zwischen vollkommener, glasklarer Eindeutigkeit und kaum lösbarer Komplexität herausfordern.

Einerseits gibt es kein Vertun: Wenn ich das Gute tun kann, muss ich es tun. Das zieht tatsächlich in vielen Fällen eine klare Trennlinie.

Nicht alle Situationen sind zwei- oder mehrdeutig.

Aber dann geht es schon los: Wer das Gute tun kann – welche Hinderungsgründe werden akzeptiert?

Vor allem aber: Was ist das Gute? Die Frage stellt sich schon bei alltäglichen Situationen: Dem bettelnden Mann Geld geben – oder ihn auf unsere konkreten Hilfsangebote hinweisen? Bis hin zu den Problemen, die selbst im nationalen Ethikrat nicht eindeutig oder einstimmig gelöst werden: Wann wird das Gute, das die Medizin an lebensverlängernder Behandlung ermöglicht, zum Übel? Ja: Zur Sünde?

Unsere Arbeit in der Diakonie ist durchzogen von solchen ethischen Fragen. Da wir das Gute wollen für die, die Hilfe brauchen, fragen wir ständig, was denn das Gute ist. Auch da gibt es Grundregeln. Selbstbestimmung ist ein Wert, der die Würde jedes Menschen als Geschöpf Gottes achtet.

Daraus resultiert unser Grundsatzprogramm: Hilfe zur Selbsthilfe. Aber Grundsätze müssen konkretisiert werden, und dann geht es wieder los mit den Entscheidungen. Eine absolute Richtigkeit, eine objektive und zeitlich unabhängige Wahrheit können, dürfen und wollen wir nicht in Anspruch nehmen. Aber jede unserer Positionen muss so einer nachdenklichen und gemeinschaftlichen Prüfung standhalten.

2. Ein Jahresbericht vor der Bürgerschaftswahl

Der Spruch dieses Monats aus Jakobus 4,17 steht für mich in einer fruchtbaren Korrespondenz zu unserem Jahresbericht. Schon mit dem Titel: „Mitten in der Stadt“ haben wir die Situation des „Vorwahlkampfes“ in Hamburg, vor der Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008, aufgegriffen. Zusätzlich haben wir die Berichte aus den verschiedenen Arbeitsfeldern jeweils in ein Fazit münden lassen. Am Schluss steht also immer, was aus unserer Sicht dem jeweiligen Bereich gut täte. Und „Bereich“ heißt: Was den Hilfebedürftigen, aber auch den Helferinnen und Helfern, den Klienten und den Mitarbeitenden gut täte.

Ich möchte die Arbeitsfelder mit Ihnen wieder anhand des schriftlichen Jahresberichtes durchgehen.

Das ist verbunden mit meinem Dank an alle, die diesen Bericht – inhaltlich wie äußerlich – haben entstehen lassen. Sie finden die Autoren ja jeweils unter dem Artikel und können sie auf der vorletzten Seite - neben dem Hinweis auf die Redaktion – im Organigramm wieder finden. Ein Blick darauf zeigt Ihnen auch unsere Organisationsveränderung: die neue Aufteilung der landesverbandlichen Aufgaben in zwei neue Vorstandsbereiche, ganz technisch Landesverband I und Landesverband II genannt. Nach einer zweijährigen Probephase trennen wir nun auch offiziell nicht mehr zwischen fachlich-inhaltlichen und betriebswirtschaftlichen Aufgaben. Um es persönlicher zu sagen: Zwischen den Vorständen Gabi Brasch und Stefan Rehm haben wir inhaltliche Schwerpunkte gesetzt und mit den Zentren des DW auf Bundesebene vergleichbare Cluster gebildet. (Im Wesentlichen: schwerpunktmäßig Kinder- und Jugendhilfe, Migration und Existenzsicherung bei Frau Brasch, Pflege und Soziale Hilfen, sowie Inneres und Verwaltung bei Herrn Rehm.) Alle Themen und Details finden Sie wie gesagt im Organigramm.

Wir befinden uns insgesamt in einem Qualitätsentwicklungsprozess und durchforsten und überprüfen also unsere internen Abläufe. In dem Zusammenhang haben wir auch mit allen Mitarbeitenden in spannenden Gesprächen und dennoch zügig ein Leitbild erarbeitet – es liegt aus.

3. Qualität und Transparenz: Pflege ist mehr wert

Ein Schwerpunkt unserer aktuellen Arbeit im Landesverband liegt seit einigen Monaten und auch in Zukunft im Bereich von Alter und Pflege – so auch in diesem Bericht von S. 2 – 11.

Zum einen arbeitet in diesem Bereich auch der größte Teil von Ihnen, unseren Mitgliedern. Aber aus Ihnen allen bekannten Gründen der demographischen Entwicklung entstehen hier auch laufend neue Aufgaben. So begrüßen wir einige Ansätze (vgl. S. 2 – 5) der Pflegeversicherungsreform,

- weil wir den Gedanken der regionalen Pflegestützpunkte erstens für dringend erforderlich halten – jeder pflegende Angehörige erlebt, wie notwendig und entlastend so eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen ist und weil wir uns zweitens mit den vielen diakonischen Einrichtungen vor Ort für solche Stützpunkte wunderbar anbieten;

- weil die Aufgabe der spezifischen Dementenbegleitung immer größer wird, und zumindest eine bessere finanzielle Ausstattung im ambulanten Bereich geplant ist.

Als besonders problematisch sehen wir an, dass:

1. die finanzielle Absicherung der Pflegeversicherung nur sehr halbherzig erfolgt,
2. die Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs überfällig ist und dass die Hilfe und Anleitung insbesondere bei dementen Menschen berücksichtigt werden müsste.
Eine Trennung dieses Themas von der Pflegereform ist falsch.

Und schließlich

3. dass der Abbau von Bürokratie nicht konsequent angegangen wird.

Einen Schwerpunkt unserer Arbeit setzen wir derzeit in der Vernetzung und Förderung des Palliative Care-Bereiches. Dies wird deutlich durch:

- die Gründung der Palliative Care-Akademie,
- die Zusammenarbeit mit der Ärztekammer zum Bekanntmachen von Palliative Care
- und in unserer Hospizarbeit, aktuell mit der Aktion „Zuhause sterben“ – unsere Alternative zum „Todesspritzenapparat“.

Lassen Sie mich noch kurz auf den sog. „Pflegeskandal“ eingehen, der vor wenigen Wochen als Ergebnis des Qualitätsberichtes des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen (MDS) durch die Medien ging. Auch dazu haben wir als Diakonie in Hamburg wie bundesweit mehrfach Stellung genommen. Selbstverständlich muss jedem Pflegemissstand nachgegangen werden. Prüfungen müssen stattfinden und Transparenz gewährleisten – vor allem aber, um Qualität zu sichern! Qualität lässt sich nicht „hineinkontrollieren“, insofern ist der Ruf nach mehr Kontrolle noch keine Lösung. Es muss hier in die Pflege, in das „Beziehungsgeschehen Pflege“ investiert werden!

Damit sind wir bei den Mitarbeitenden, ihren Arbeitsbedingungen (S. 6 - 9) und ihrer Ausbildung (S. 10 + 11).

Ich habe in meinen Berichten in den letzten Jahren immer wieder auf verschiedene Folgen der Ökonomisierung des Sozial- und Gesundheitsbereiches hingewiesen, auf die Verlagerung von gemeinnützigen Trägern zu privatwirtschaftlichen Unternehmen. Dabei wird der Preis wichtiger als der Wert der Arbeit.

Ein aktuelles Beispiel aus einem anderen Bereich: Die Schuldnerberatung. Aufgrund der bisher sehr erfolgreichen und effizienten Arbeit der Schuldnerberatung erhielt die Diakonie einen nicht unerheblichen Teil der Schuldnerberatung in Hamburg durch die Sozialbehörde übertragen. Jetzt klagt ein nicht tarifgebundener Anbieter (ADN) gegen diese Übertragung vor dem OLG. Sollte das OLG der Klage stattgeben, müssten wir uns als Tarifanwender einem Ausschreibungsverfahren stellen, gegen Mitbewerber, die keiner Tarifbindung unterliegen. Trotz der anerkannt guten Arbeit könnte hier aufgrund unserer Tarifbindung eine Entscheidung gegen uns fallen. Wir haben die Befürchtung, dass diese Entscheidung von erheblicher Tragweite auch für andere Leistungsbereiche sein könnte.

Tarifanwender haben bei bestehenden Preisen einen erheblichen Konkurrenznachteil. Die Preise, insbesondere in der ambulanten Pflege, bilden die Personalkosten nach Tarif nur unzureichend ab. Die Diakonie ist der einzige Wohlfahrtsverband, der bei Pflegekräften noch tariflich bezahlt.

Das hat zu einer ungewöhnlichen Kooperation geführt. In einem Gespräch mit dem Verdi-Vorstand Hamburg haben wir herausgearbeitet, dass wir uns in dieser Auseinandersetzung um die Löhne in der Pflege ja weniger als Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber sitzen als vielmehr nebeneinander gegenüber den Kostenträgern, vor allem den Kassen, stehen.

Morgen laden wir daher mit Verdi, dem VKM, dem DPWV, dem Sozialverband, dem Verein 60+ und dem ASB zu der Veranstaltung „Pflege ist mehr wert“ ein. Wir wollen hiermit auch etwas für die gesellschaftliche Anerkennung der Pflege tun.

Zu dem Blick auf die Mitarbeitenden gilt auch die Sorge um den Nachwuchs (S. 10 + 11). Der Beruf der Altenpflegerin und des Altenpflegers muss attraktiver und die Ausbildung zukunftsfähig sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,
um noch einmal auf meine Einleitung zurück zu kommen: So ganz konkret und aus unseren Erfahrungen der täglichen Arbeit heraus finden wir als Diakonie schon, dass wir wissen, was gut täte. Und welches Gute zu tun daher die Gesellschaft ermöglichen sollte.

4. Die zunehmende Armut ist kein Schicksal und: Arbeit gibt es genug.

So geht es uns auch ganz besonders bei dem Thema Armut – und was man dagegen tun kann (vgl. S. 12ff).

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich in Hamburg ist offensichtlich.

Aber nicht nur für Hamburg, bundesweit hat die sorgfältige Prüfung der Regelsätze gezeigt, dass diese weit hinter der Zeit und den Preisentwicklungen hinterherhinken.

Eine 20% tige Anhebung des ALG II ist – übrigens aus der Sicht aller

Wohlfahrtsverbände – unumgänglich.

Natürlich kann ein immer wieder neues Schrauben an den Passivleistungen nicht die alleinige Lösung des Problems sein.

Für konstruktiv und nachhaltig halten wir daher unser „PAT-Modell“, den Passiv-Aktiv-Transfer. Es wurde entwickelt in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen auf der Bundesebene und wir haben es für Hamburg in ein Konzept „Soziale Arbeitsmarktpolitik in der wachsenden Stadt“ weiterentwickelt.

Mit anderen Worten: Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Für solche öffentlich geförderten Arbeitsplätze haben wir viele gute Ideen und Vorschläge – alle vor Ort entstanden und im Interesse der Menschen, Leben in ihren Stadtteil zu bringen (S. 14-17).

5. Integration - ein altes Thema gewinnt neue Aktualität

Es ist nur ein kleiner Schritt von solchen Projekten zu der Aufgabe der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (S. 18-23).

Das ist ohne Frage eine der politischen Aufgaben, bei der der Hamburger Senat erst im Laufe seiner Regierungszeit das Ausmaß der Herausforderung erkannt hat. Ein Konzept steht jetzt – aber die Finanzierung noch nicht!

So sind unsere Forderungen hier eindeutig.

Die Arbeit im Bereich von Migration und Integration ist - auch für uns in der Diakonie – kein neues Thema, aber sie hat auf Grund der offensichtlich oft nicht gelingenden Integration eine neue Dringlichkeit bekommen.

Wir sind hier gerade durch unsere EU-geförderten Projekte in den Entwicklungspartnerschaften „NOBI“ (Norddeutsches Netzwerk für die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten) und „Zug um Zug“ engagiert, aber in diesem Jahr auch durch unsere integrationspolitische Veranstaltungsreihe, die wir u.a. in Kooperation mit Mitgliedseinrichtungen durchgeführt haben. Dabei haben wir

den Blick gerade für Flüchtlinge und erwerbslose Migrantinnen und Migranten geweitet.

Für die Diakonie als der sozialen Arbeit der evangelischen Kirchen entsteht daraus noch eine besondere Herausforderung. Wir bringen uns aktiv in die bundesweite Diskussion über die Frage ein, wie sich unser „Angebot für alle“ mit der kirchlichen Bindung unserer Arbeit verträgt. Und was „diversity management“ im jeweiligen Arbeitsfeld bedeutet: gegenüber dem muslimischen Kranken, der russischen Schwangeren usw. Unsere Antwort: interkulturelle Kompetenz und christlicher Glaube passen nicht nur irgendwie zusammen, sondern gehören zusammen.

In diesem Zusammenhang führen wir in Hamburg ja gerade den Prozess zur Klärung des Verhältnisses zwischen dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und dem besonderen kirchlichen Arbeitsrecht. Zur Zeit liegt die Klage einer abgewiesenen Bewerberin gegen das Diakonische Werk Hamburg zur Entscheidung noch auf der Ebene des Hamburger Landgerichts.

Auch wenn die Rechtslage u. E. eindeutig ist, werden wir wegen der exemplarischen Bedeutung des Falles eng vom Bundesverband und der EKD begleitet.

6. Wohnen: mehr als ein Dach über dem Kopf

In gewisser Hinsicht bündeln sich alle Probleme in der Wohnungspolitik (vgl. ab S. 24f).

Ob arm, ob fremd, ob arbeitslos, ob kinderreich, ob allein erziehend, ob behindert – für sie alle ist es besonders schwer und zunehmend schwieriger, eine angemessene, d.h. vor allem bezahlbare Wohnung zu finden.

Wir haben frühzeitig auf diese Entwicklung in Hamburg hingewiesen, aber es sind keine Maßnahmen ergriffen worden, um den Wohnungsmarkt mit dem Bau von Sozialwohnungen auszuweiten oder um Mietern wie Vermietern in schwierigen Konfliktfällen Begleitung und Hilfen anzubieten. Das ist eine dringende Pflichtaufgabe, spätestens der nächsten Regierungszeit.

Und es ist eine öffentliche Aufgabe, weil private Wohnungsbesitzer legitime andere Interessen haben. Das wird besonders deutlich für Menschen mit Behinderungen: Die politisch gewollte Ambulantisierung braucht auch die politische Ermöglichung (S. 27).

7. Freiwillige vor! Aber nicht allein!

Ich komme zu einem Lieblingsthema vieler Politiker und Politikerinnen, gerade auch in Hamburg: Das freiwillige Engagement (S. 30+31).

Der Jubel über solches Engagement, über Zeit- und Geldspender, übertönt häufig, dass

1. Freiwilligkeit die Hauptamtlichkeit ergänzt, sie aber nicht ersetzen kann;
2. freiwilliges Engagement kein sozialpolitisches Sparprogramm sein darf; und
3. Menschen, die sich freiwillig sozial engagieren, häufig Fortbildung und Begleitung brauchen.

Das wird insbesondere bei den jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr und ihrer pädagogischen Begleitung akut – an der sich die Stadt Hamburg nicht finanziell beteiligt! Auch der Aufbau des neuen generationsübergreifenden Freiwilligendienstes „Ge-mit – Generationen miteinander im Freiwilligendienst“, wird bislang ausschließlich mit Bundes- und eigenen Mitteln unterstützt.

Das Ehrenamt, das freiwillige Engagement ist ja seit Langem ein besonderes Merkmal in der freien Wohlfahrt, bei gemeinnützigen Unternehmen und besonders bei den Kirchen.

Vor einigen Monaten dachte ich:

Wie lange das wohl ein Alleinstellungsmerkmal bleibt?

Wann wird die erste Seniorenresidenz Angehörige um einen Vorlese-nachmittag o.ä. bitten?

Liebe Schwestern und Brüder: Es ist schon so weit.

Privatwirtschaftliche Einrichtungen richten gemeinnützige Freundes- oder Förderkreise ein. Und wer nur an die Bewohnerinnen und Bewohner denkt und wie denen doch das Mehr an Zuwendung gut tut, engagiert sich auch bei einem privaten Altenheim oder Krankenhaus. Selbst wenn er oder sie nicht einmal im Traum darauf käme, etwa bei Siemens oder Shell oder bei Karstadt ehrenamtlich mitzuarbeiten.

Vor kurzem durfte ich das 25jährige Jubiläum der Evangelischen Krankenhaushilfe in Alten Eichen mitfeiern. Da waren „Grüne Damen“ aus ganz Hamburg dabei. Und ohne irgendeinen Bruch haben sie den Besitzerwechsel vom gemeinnützigen Landesbetrieb Krankenhäuser zur privaten Krankenkette Asklepios mit vollzogen. Ich war ganz erleichtert, dass ich im Gespräch mit der Vorsitzenden gleich Einigkeit über das Problematische an diesem Vorgang erzielen konnte. Denn viele ehrenamtliche Aktive werden ja nur die Menschen im Blick haben, denen sie im Krankenhaus ein bisschen Beistand geben wollen.

Als Landesverband müssen wir aber neben der seelsorgerlichen auch die sozialpolitische Dimension sehen.

M.E. ist diese Entwicklung nicht aufzuhalten. Sie muß aber ins Bewusstsein gebracht werden und löst neue Zukunftsfragen für die Diakonie als Teil der gemeinnützigen Wohlfahrt aus.

8. Die Kleinen ganz groß

Zum Glück – wenn auch aufgrund zunehmender Not – ist die Politik auf die Situation der Kinder aufmerksam geworden (S. 32-35).

Auch hier gilt, wie in der Pflege: jede Gewalt, jede Vernachlässigung, jede Not, und jeder Tod eines Kindes sind ein Skandal. Sie sollen nach Gottes Willen nicht sein, dafür setzen wir uns ein. Aber die Skandalisierung von Einzelfällen, wie sie in den Medien geschieht, sollte nur Anstoß geben für die sehr viel weniger spektakuläre, ganz alltägliche, mühsame wie beglückende Arbeit mit jedem einzelnen Kind.

Ich freue mich, dass wir in Hamburg über die Träger- und Verbandsgrenzen hinweg zu der großen gemeinsamen Aktion zusammen gefunden haben „Kita – weil wir's wissen wollen“. Denn unser aller Interesse ist es, die besonderen Bildungsmöglichkeiten der Kitas im Unterschied zu einem schulischen System herauszustellen, die vielfach wissenschaftlich nachgewiesen sind.

Und natürlich gilt auch hier unser diakonischer Grundsatz, dass wir alles tun müssen, um die Armut von Kindern und die „Vererbung“ von Armut zu verhindern. Dazu gehören eben die gleichen uneingeschränkten Zugangsvoraussetzungen wie im Schulsystem.

Eine Erfahrung aus der Kita-Arbeit ist inzwischen politisch aufgegriffen worden: über die Arbeit mit den Kindern kamen zunehmend die Eltern und die Familien in den Blick. Die Kitas wurden zu sozialen Anknüpfungspunkten, so dass die Ausweitung zu Eltern-Kind-Zentren und der weitere Ausbau zu Familienzentren besonders in benachteiligten Stadtteilen eine logische Folgerung und Forderung wurden.

Und noch eine Information in Diakonie-eigener Sache: Um innerhalb der Diakonie noch schlagkräftiger zu werden, ist aktuell der neue Verband evangelischer Kindertagesstätten in Hamburg (EVA-Kita-VHH) auf dem Weg.

9. Diakonie über die Stadt hinaus

Ich komme zum Schluss.

Liebe Mitglieder, selbstverständlich gibt es noch mehr Felder unserer Arbeit, die wir auch politisch begleiten und stärken. So habe ich angesichts der diesjährigen Thematik meines Jahresberichtes und der Einordnung in die Wahlsituation in Hamburg ganz darauf verzichtet, über die Arbeit des Hilfswerkes zu berichten, das im vergangenen Jahr mit seinen vielen unterschiedlichen Projekten für Menschen in Not in Hamburg da war.

Aber es gibt darüber hinaus ja auch noch unsere internationale Arbeit, „Brot für die Welt“ und die Diakonie-Katastrophenhilfe, die nur selten in konkrete Vorschläge oder Forderungen an die Hamburgische Landes- oder Regionalpolitik mündet.

Diesmal haben wir ein Beispiel davon im Jahresbericht (S. 28+29). Es geht um die nicht zu unterschätzende Macht der Konsumenten, eben auch der öffentlichen Haushalte, wenn sie sich für fair gehandelte Produkte entscheiden.

Auf jeden Fall bleibt es die Aufgabe unserer internationalen, ökumenischen Arbeit, unseren Blick über unsere Stadt hinaus zu weiten. Ich freue mich, dass unsere Unterstützung von sozialen Projekten in St. Petersburg, der Partnerstadt Hamburgs, gerade mit dem Besuch zum 50jährigen Jubiläum der Partnerschaft so deutlich geworden ist und die hohe Anerkennung der Delegation bekommen hat.

Insbesondere durch den von uns initiierten Dialog von Politik, Wirtschaft und Sozialprojekten konnten neue Verbindungen geknüpft werden. Er hat uns aber auch viel gelehrt über die so ganz anderen Bedingungen sozialen Engagements in Russland.

Ich selbst komme gerade von einer Delegationsreise mit „Brot für die Welt“ aus Uganda zurück. Davon zu erzählen würde eindeutig diesen Rahmen heute sprengen. Aber ganz sicher war die Reise wieder eine Lehre dafür, wie genau wir jeweils mit den Beteiligten oder den Betroffenen fragen müssen: Was ist das Gute, das ihr braucht?

Die Reise hat mich noch einmal in der Überzeugung bestärkt, dass die Arbeitsweise von „Brot für die Welt“ wirklich die richtige ist: Wir arbeiten mit Partnern vor Ort, also mit denen, die sich mit den Menschen, mit dem Land, mit der Sprache und der jeweiligen Kultur des Landes am besten auskennen und uns die Frage also beantworten können, was denn gut täte. Dann wollen wir es gerne tun. Und wir wollen es gut machen.

Wir können nur überzeugen, wenn wir uns der Qualität verpflichten. Unsere Einrichtungen müssen inhaltlich wie betriebswirtschaftlich kompetent geführt werden. Dann können wir uns auch überzeugend und nachdrücklich mit unseren Vorschlägen und Forderungen in den Wahlkampf einbringen. Das wollen wir nicht nur heute mit diesem Bericht tun: Sie werden zu den verschiedenen fachspezifischen öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionen gezielt eingeladen werden.

Und, um den Blick noch weiter voraus zu werfen: So, mit der Qualität unserer Arbeit, wollen wir uns auch im Wichernjahr präsentieren, das vor uns liegt mit Wicherns 200. Geburtstag. Das möchten wir insbesondere mit Ihnen zusammen am 13. und 14. Juni 2008 auf dem Rathausmarkt zeigen: Dass wir aus der Gründung Wicherns hier in Hamburg heraus zu einer großen und gleichzeitig vielgestaltigen Bewegung geworden sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.